

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Keine Privatisierung der Wasserversorgung in Kassel

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.17.837 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel bekräftigt anlässlich der Beratung im Europäischen Parlament, dass die Wasserversorgung der Stadt Kassel in kommunaler Hand bleiben soll. Es darf nicht sein, dass europäisches Recht die Kommunen über eine Liberalisierung der Wasserversorgung zur Privatisierung zwingt. Die Wasserversorgung ist ein elementarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert eindringlich an die deutschen Beteiligten am weiteren Gesetzgebungsverfahren - Europaabgeordnete wie Bundes- und Landesregierung - die von der Stadt Kassel und anderen Kommunen verantwortete Versorgung mit hochwertigem und preiswertem Trinkwasser als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge unbefristet sicherzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Stadtverordneter Häfner
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Keine Privatisierung der Wasserversorgung in Kassel, 101.17.837, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin